

Die rote Linie bleibt der Rahmen

Vor ziemlich genau einem Jahr am 12. Juni 2018 - griff Aussenminister Ignazio Cassis den Schweizer Lohnschutz öffentlich und frontal an. Im Radio machte er sich über die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit lustig, diese „fast religiöse Frage“. Die Schweiz müsse die Massnahmen lockern. Damit verletzte er mutwillig die vom Gesamtbundesrat in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften definierte rote Linie. Sie heisst: Der Schweizer Lohnschutz ist nicht Teil eines EU-Rahmenabkommens. Was steckt dahinter? Als Nachfolger des freisinnigen Staatsmannes Didier Burkhalter war FDP-Krankenkassenlobbyist Cassis damals noch kein Jahr im Amt. Um Bundesrat zu werden, hatte er sich ebenso schamlos wie offensiv an den rechten Rand rangewandt. Die SVP zeigte sich mit ihren Stimmen erkenntlich.

Martullo's Tarif

Im Januar 2018 gab Ems-Milliardärin und SVP-Politikerin Magdalena Martullo-Blocher an einer Medienkonferenz den Tarif durch: Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit müssten weg. Denn die FlaM stärken alle Lohnabhängigen unabhängig von ihrem Wohnort vor ausbeuterischen Arbeitgebern. Das passt dem Blocher-Clan nicht, der 57,6 Milliarden Franken mehr Dividenden einsackt, als er allen seinen 3075 Angestellten zusammen an Lohn ausbezahlt.

Cassis weiss, wem er seinen Posten verdankt. Und darum wollte er im Auftrag der Schweizer Marktradikalen zusammen mit europäischen Marktradikalen den Schweizer Lohnschutz via EU-Rahmenabkommen schleifen. Dafür missachtete er auch das Verhandlungsmandat des Gesamtbundesrates.

Rechsteiner's Njet

Doch der damalige SGB-Chef Paul Rechsteiner fuhr den Lohnschutz-Abholzern energisch an den Karren. Inzwischen hat sich die rote Linie der Gewerkschaften durchgesetzt: Ja zu einem sozialen Europa, Ja zum Lohnschutz, Nein zum Rahmenabkommen in der vorliegenden Form.

Die bürgerlichen Parteien und die Arbeitgeberverbände mussten noch einige Pirouetten drehen, bis sie einsahen: das von Cassis ausgehandelte Rahmenabkommen hat vor dem Volk keine Chance. Am 7. Juni 2019 hat der Bundesrat dies der EU-Kommission sinngemäss auch offiziell mitgeteilt.

Wie geht es jetzt weiter?

Die wahrscheinlichste Variante: Nach der Abstimmung über die SVP-Initiative gegen die Personenfreizügigkeit gehen die Schweiz und die neugewählte EU-Kommission die Differenzen an. Unter welchem Titel das jetzt nötige Korrekturprogramm laufen wird, ist unerheblich. Zentral ist das Resultat: der Schweizer Lohnschutz ist nicht Teil des Rahmenabkommens. Das war, ist und bleibt die rote Linie.

Clemens Studer.

Work online, 14.6.2019.

Personen > Studer Clemens. Lohnschutz. Flankierende Massnahmen. Work online, 2019-06-14